

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitzender)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 76.

Berlin, Mittwoch, 21. September 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Verbandsstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte — Sozialismus und Tradeunionismus in England. — Frauenarbeit in Oberschlesien. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen.

Verbandsstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Köln a. Rh., 15.—17. September 1910.

Im großen Saale der Bürgergesellschaft, in welchem 1901 auch der Verbandsstag der Deutschen Gewerksvereine abgehalten wurde, tagten an 500 Vertreter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und verhandelten über wichtige Fragen des weiteren Ausbaues dieser Gerichte. Die Gewerksvereine konnten diesmal schon eine größere Anzahl Beisitzer stellen. Amnesten waren aus ihren Reihen: Käser- und Senniger-Nürnberg, Vorchardt, Josef, Goldschmidt, und Sommer-Berlin, Klein-Berth, Gorge-Magdeburg und Ritsche-Leipzig. Nach den üblichen Begrüßungen durch die Regierung und die städtischen Behörden am Donnerstag morgen begannen die Verhandlungen mit einem Vortrag des bekannten Münchener Gewerbegerichtsdirektors Dr. Preuner, der in interessanter Weise die neuere Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag besprach und zum Ausdruck brachte, daß gerade auf diesem Gebiete noch vieles geschehen müsse, wenn lichte Farben in das düstere Bild kommen sollen. Ihm folgend, gab Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin eine umfassende Uebersicht über die den Arbeitsvertrag behandelnde umfangreiche Literatur und wies hierbei nachdrücklich auf die in der Verlage unseres Verbandes erschienenen Schrift von Stadtrat Dr. Fleisch hin über die Forderung der Gewerksvereine, das Arbeitsverhältnis aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis zu verwandeln.

An Stelle des leider verhinderten Stadtrats Dr. Fleisch sprach Magistratsyndikus Dr. Siller-Frankfurt a. M. über die Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten. Da nach Ansicht des Redners die Natur des Arbeitsvertrages eine schnelle, billige und vertrauenswürdige Rechtsprechung verlangt, forderte er die Ausdehnung der Gewerbegerichte unter Beteiligung aller Berufsgruppen zu Arbeitsgerichten. Eine Vielheit von Sondergerichten sei abzulehnen. Die Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte erscheine weder zweckmäßig, noch notwendig. Die uneingeschränkte Verfassungseinführung sei unerforderlich, höchstens die Revision durch Aktenversendung in den Fällen, wo das Berufungsurteil auf einer Rechtsauffassung beruhe, die nach dem veröffentlichten Erkenntnis eines anderen Gerichts von diesem verworfen wurde.

Zweck dieser Forderungen soll sein, die Kaufmanns- und Gewerbegerichte zu einer Einheit zu gestalten und diese Arbeitsgerichte unterchiedslos für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zugänglich zu machen. Stadtrat Dr. Gluckmann-Nordorf als Mitreferent forderte ebenfalls einheitliche Arbeitsgerichte für sämtliche Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, soweit der Lohn (Dienstentkommen) den Jahreswert von 5000 M. nicht übersteigt. Er will indessen keine Bedenken erheben gegen die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte, sofern dabei die bewährten Grundzüge der Sondergerichte voll aufrechterhalten bleiben. Die Bestellung der Beisitzer soll nach wie vor durch die Gemeinde geschehen, die Wahlberechtigung obligatorisch gemacht, das Lebensalter für die Wahlberechtigung herabgesetzt und die Frau zur Mitwirkung herangezogen werden. Als

dritter Referent vertrat Redakteur Soblich die Forderung, daß das Gewerbegericht schon jetzt zuständig gemacht werden müsse auch für die technisch-industriellen Beamten.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In der Debatte machte ein Vertreter der Deutschnationalen geltend, daß seine Richtung die Vereinheitlichung der beiden Gerichte zu Arbeitsgerichten ablehne. Diese Auffassung wurde von den meisten anderen Rednern, darunter auch Kollege Redakteur Vorchardt vom Verein der Deutschen Kaufleute, lebhaft bekämpft. Die Diskussion irte vielfach ab. Einige Redner warfen die alte Frage wieder auf, ob die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte überhaupt nötig seien; das Amtsgericht mache das ebenso gut. Hätte es eine Abstimmung gegeben, so wäre der Verbandsstag über diese Anschauungen zur Tagesordnung übergegangen. Von den Praktikern wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß ein Gewerbegericht in drei Tagen erledige, wozu das Amtsgericht drei Monate gebrauche. Auch der mehrfach vertretene Forderung, die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte anzugliedern, wurde energig widersprochen, u. a. auch vom Oberbürgermeister Cuno-Sagen i. W. mit sehr eindrucksvollen Argumenten. Die Beisitzer würden gewählt, die Schöffen aber ernannt.

In anschaulicher Weise besprach sodann der Richter Dr. Steengrafe-Bremen die Ausgestaltung der Rechtsmittelinstanz. Für die Berufung möge nur die Revision zugelassen werden, damit das ordentliche Gericht nur rechtliche Seiten des Prozesses nachzuprüfen habe. Eilig sei die Sache nicht, bei einer kommenden allgemeinen Reform der Zivilprozeßordnung müßten die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf dem Posten sein.

Am Abend gab die Stadt Köln im prächtigen Gürzenich einen Festabend. Der Oberbürgermeister hieß den Verbandsstag willkommen. Nebenast vom Rhein und ein Zimbik sorgten für die leiblichen Bedürfnisse. Von den Reden war besonders bemerkenswert der Toast Emil Döblins, des Vorsitzenden des Buchruderverbandes, auf die Stadt Köln. Grundton der Rede war ein Preisgefang auf den gewerblichen Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern und ein gutes Einvernehmen auch in gesellschaftlicher Beziehung. Und neben ihm waren auch die ganz Zielbewußten friedlich gestimmt und sangen voller Begeisterung mit, als das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ den Saal durchbrauste.

Es war wohlthuend, diesen Vorgang mitzuerleben. Der neutrale Boden des Verbandsstages wurde so hier wie bei den Verhandlungen allerorts respektiert; nur die Deutschnationalen, die bei der Vorstandswahl ihren Mann nicht unterbringen konnten, machten sich lächerlich vor dem Kongreß mit ihrer Protestklage, vergewaltigt zu sein.

Zu einer Debatte konnte es nur noch kommen nach den Referaten der Herren Magistratsrat Böbling-Berlin, Baugewerksmeister Soemann-Köln und Arbeitersekretär Wiffel-Berlin über die gesetzliche Regelung der Akkordarbeit. Der Standpunkt der Gewerksvereine wurde von unserem Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt vertreten, für wie die Referenten eine gesetzliche Regelung der dringend wünschenswert erklärte. Ueber Weg und Umfang gingen die Meinungen wie bei den Referenten so auch bei den Diskussionsrednern noch erheblich auseinander. Wir werden uns im „Gewerksverein“ bemühen, zu der Klärung dieser wie anderer Fragen des Verbandsstages beizutragen.

Die anderen Gegenstände der Tagesordnung fanden ohne Diskussion Erledigung, weil am Sonn-

abend mittag der Verbandsstag geschlossen werden mußte. Es waren dies noch Referate über das Recht der Lantienne und Gratifikationen, Mitreferent Kollege Vorchardt (Kaufleute), die gesetzliche Regelung der Tarifverträge, Referenten Döblin (Buchdrucker) vom Standpunkte der Arbeiter und Dr. Mielenz-Berlin vom Standpunkte der Arbeitgeber. Der erste Referent, Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M., war leider verhindert und ließ daher seine Thesen gedruckt vorlegen. Die mündlichen Referate brachten auf beiden Seiten den ersten Willen zum Ausdruck, mit den Tarifverträgen der Arbeit und dem Vaterlande zu nützen. Schade, daß unser Dr. Sinzheimer nicht mehr erleben konnte, daß das Werk, dessen Pionier er war, bei Unternehmern und Arbeitern immer mehr verstanden und gemühdigt wird!

Recht lebhaft gestalteten sich die Referate über die Rechtsverhältnisse der Werkspensionskassen. Referenten waren Rechtsanwalt Dr. Sauer, Mantel (Verband deutscher Handlungsgehilfen-Leipzig), Reichstagsabg. Severing, Arbeitersekretär Girtjesier und Generalsekretär des Verbandes der Industriellen Dr. Steller. Letzterer warnte vor gefühligen Eingriffen. Die Werkspensionskassen sollten Wohlfahrtsanstalten für die Arbeiter sein mit dem Nutzen für die Unternehmer, daß diese sich einen Stamm lebhafter Arbeiter erhalten können. Zum Wohltun aber könne niemand gezwungen werden. Unsere Stellung zu dieser Frage finden unsere Leser im Verbandsstagsprotokoll von Pfingsten 1910.

Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten wurde in interessanter Weise von Fräulein Dr. Bernhard-Charlottenburg behandelt.

Die Schlußansprache hielt der zweite Vorsitzende Oberbürgermeister Dr. Cuno-Sagen, darin hervorhebend, daß in den zwanzig Jahren des Bestehens der Gewerbegerichte eine erhebliche Annäherung zwischen den Anschauungen der Unternehmer und Arbeiter vor sich gegangen sei. Das habe sich vor allem in der Frage der Tarifverträge gezeigt und auch in der Akkordlohnfrage. Letztere Frage hätte man früher unmöglich zum Gegenstand objektiver Verhandlungen machen können. Mit dem Schlagwort: „Akkordarbeit ist Mordarbeit“ sei die Sache abgetan gewesen.

Darauf schloß der Vorsitzende Magistratsrat v. Schulz-Berlin Sonnabend mittags 12^{1/2} Uhr die Verbandsversammlung, an die sich am Nachmittag noch eine Rheinfahrt nach Rolandseck angeschlossen.
R. G.

Sozialismus und Tradeunionismus in England.

(Von einem Londoner Korrespondenten.)

Als vor ungefähr vierzig Jahren auf dem Trade Union-Kongreß der Sozialismus eine spaltende Wirkung ausübte, da ahnten die Freunde des Tradeunionismus zwar, daß diesem eine Gefahr drohe, aber das Wesen der Gefahr erkannten sie noch nicht. Sie glaubten dieselbe lediglich in der Trennung der Trade Unions in nichtsozialistische und sozialistische erblicken zu müssen und bemühten sich mit der Zeit, als sich zeigte, daß beide Gruppen, abgesehen von einigen kleineren Nebenreihen, friedlich miteinander auf den Trade Union-Kongressen arbeiteten. Ja, es wurde von vielen Gegnern der Sozialisten sogar anerkannt, daß die Arbeiterpartei des englischen Parlaments der Mische zwischen Trade Unions und Sozialisten ihr Bestehen verdanke; denn ohne die Schilling, die diese Vereinigung für Wahlzwecke und für Bezah-

Delegierten bei der nächsten Reichstagswahl nur für solche Abgeordnete einzutreten, die Gegner der Lebensmittelerleichterungspolitik sind und für die Herabsetzung der Steuern und Zölle auf die Lebensnotwendigkeiten mit allen Kräften wirken zu wollen sich verpflichten.

3. Leipzig. Die am 8. September tagende Ortsverbandversammlung nahm zunächst den Bericht über den ersten Nationalen Arbeiter- und Gehilfenrat im Königreich Sachsen entgegen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beschäftigte sich die Versammlung lebhaft mit verschiedenen gewerkschaftlichen Angelegenheiten und nahm hierzu folgende Resolutionen einstimmig an:

1. Die Versammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbetreibenden (G.D.) Leipzig weist mit Entrüstung die in letzter Zeit wiederholt von der „Leipziger Volkszeitung“ gebrachten und gegen die Deutschen Gewerbetreibenden gerichteten verleumderischen und lügenerischen Notizen zurück. Die Versammlung stellt fest, daß die Angelegenheit der Holzarbeiter in Hamburg, der Brauergesellen in der Schweiz, Dresden und Merseburg nur deswegen solche scharfen Gegenstände herbeigeführt haben, weil die sozialdemokratischen Organisationen in einem dümmelhaften, fanatischen Uebermut alle anderen Organisationsmitglieder von dem Recht auf Arbeit ausschließen wollen und den in Frage kommenden Interessierten vorschreiben, nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Da wir nun vorläufig noch nicht im Zukunftsstaate angelangt sind, ist es das gute Recht der in den Deutschen Gewerbetreibenden organisierten Arbeiter, beartig gemeingefährlichen Plänen unter Vermeidung aller, die Arbeiterschaft etwa schädigenden Dinge aufs schärfste entgegenzutreten. Die Versammlung scheidet den um ihre Existenz kämpfenden Gewerbetreibenden jedwede moralische und materielle Unterstützung zu und fordert sie auf, den aufgebrachtsten Kampf mit allen erlaubten Mitteln energisch durchzuführen. Ferner fordert die Versammlung die hiesigen Mitglieder der Deutschen Gewerbetreibenden auf, sich durch das schamlose Vorgehen der „Leipziger Volkszeitung“ nicht provozieren zu lassen; denn diesen hinterlistigen Angriffen, die in systematischer Weise verübt werden, liegt die verschleierte Absicht zugrunde, die Gewerbetreibendenmitglieder zu übereilten Schritten aufzureizen, um dann für hiesige, gegenwärtig schwelbende Differenzen, die ebenfalls in einseitiger und wenig erfolgversprechender Weise von den der „Leipziger Volkszeitung“ nahestehenden Organisationen ingenierrt sind, die Deutschen Gewerbetreibenden als Sündenböcke verantwortlich zu machen, wenn diese Differenzen zum Schaden der Arbeiter beendigt werden müssen. Nach alledem liegt die Ansicht sehr nahe, daß das Wort auf die „Leipziger Volkszeitung“ zutreffen kann, was diese von anderen Zeitungen behauptet: Sie lügen wie gedruckt und schwindeln aus Prinzip!

2. Um der in letzter Zeit in verschiedenen Betrieben Leipzigs vorgekommenen Terrorisierung von Mitgliedern der Deutschen Gewerbetreibenden aufs schärfste entgegenzutreten, fordert die Versammlung alle Vertrauensmänner auf, solche Vorkommnisse sofort dem Vorstand zu melden. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, solche Fälle sofort und in unumschriebener Weise dem Strafgericht zur weiteren Verfolgung zu übergeben. Denn nur auf diese Weise kann allen dergleichen gewissen- und gefinnungslosen Elementen das schädige Handwerk gelegt werden.“

3. Sommerfeld. Am 30. August reichten die Maschinen, Feiger, Schloffer und Kohlenfahrer der Textilbetriebe, 34 Mann, die Kündigung ein. Die Forderungen waren schon am 28. Juli eingereicht, innerhalb dieser Zeit ließen man von seiten des Fabrikantenvereins nichts hören. Am 31. August endlich teilte man mit,

daß man zu Verhandlungen bereit sei, und der Mittwoch, der 7. September, abends 9/10 Uhr, im goldenen Engel festgelegt. Denselben Tag traf noch ein zweites Schreiben ein, worin man die Passivisten ersuchte, die Kündigung zurückzunehmen. An demselben Tage geschah aber noch etwas Wertwürdiges: Der Vorsitzende vom Zentralverband und noch 5 seiner Getreuen fielen um und nahmen reumütig die Kündigung zurück, ohne daß die übrigen etwas wußten. Damit nicht genug, auch der Gauleiter B u r g e r vom Zentralverband zog, ohne die übrigen zu fragen, die Kündigung für alle zurück und verleitete den Vorsitzenden Stiebel vom Gewerbeverein dazu, trotzdem der Bezirksleiter Herzig per Telegramm das Gegenteil angeordnet hatte. Nun war die Verwirrung fertig. Ein Teil der Unternehmer, welcher in dieser Zeit Ertrag gefunden hatte, entließ seine Leute, der andere Teil dachte nicht daran. Der Mittwoch kam, brachte aber nur ein Wortgeplänkel; in Verhandlungen ließ man sich nicht ein, und die Sache war für die Herren Fabrikanten abgetan. Sie haben den Sieg davongetragen. Am anderen Tage versuchten beide Bezirksleiter noch etwas zu retten, was auch in 3 Betrieben gelang. 16 Mann aber liegen auf der Straße und wenige davon werden ihre Stellungen wieder einnehmen.

Was sagt nun die sozialdemokratische Presse dazu? Nichts; alles schweigt. Die Umgefallenen hätten nur Gewerbetreibener sein müssen, dann würde der ganze sozialdemokratische Mütterwald rauschend den Streikbruch der Fische verkündet haben. Vielleicht merken sich unsere Gewerbetreibendenkollegen dies.

Verbands-Zeil.

Berlin.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G.D.). Verbandsbau der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 221-223. Nächste Sitzung des Distriktsklubs, Mittwoch, 21. September, 8 1/2 Uhr. — **Gewerbetreibenden-Liedertafel (G.D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonabend, 17. September. Fabrik- und Handarbeiter I.** Abends 9 Uhr, Versammlung Brandenburgstr. 22. L.D.: Vortrag des Bezirks-Beamten Kollegen Wrede: „Was lehrt uns der letzte Verbandstag“. Verschiedenes. Beste Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest.

Orts- und Reichsverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Koberl, Berlinerstr. 120. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jasentanz, Friedrich Wilhelmstr. Distriktsklub. — **Hörsing (Ortsverband).** So. abends, 24. d. M., 9 1/2 Uhr, außerordentliche Ortsverbandversammlung im Verbandsbause Schillerstr. 1. Vortrag des Verbands-Redakteurs Kollegen L e w i n - B e r l i n: „Die Stellung der Deutschen Gewerbetreibenden in der Arbeiterbewegung“. 2. Stellungnahme zur Fleischervereinerung. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbause, Karlsruferstr. 29, Sitzung. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband's Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. — **Kaasen b. Maaßen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Ludewigs. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., im Hüttenmann Hotel, Poststr., Distriktsstunde. — **Hersloh (Distriktskl.).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janber, Döhrstr. — **Hannover-Laden u. Umgegend (Ortsverband).** Sonn-

tag, 25. d. M. morgens präz. 9 Uhr, Ortsverbandversammlung in Königswirth, Bülthofstr. 12. Referent: Verbandssekretär Kollege Reußel-Berlin. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch abends 9 Uhr im Restaurant „Voter Kolping“, Eißergasse. — **Köln (Ortsverband).** Am 18. September, nachm. 4 1/2 Uhr, Versammlung in Freuden, bei Witwe Ullig, Hauptstr. — **Leipzig (Gewerbetreibenden-Liedertafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitlieder sind herzlich willkommen. — **Leipzig u. Leipzig-West (Ortsverbände).** 27. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in Eißel, Bindmühlenstr. 14-16. Vortrag des Verbandssekretärs Kollegen Erlesen-Berlin: „Der Kampf um die Reform der Arbeiterversicherung“. — **Mühlheim - Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Röder, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerchor der Gewerbetreibenden).** Die Übungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmungsbegabte Kollegen sind herzlich willk. — **Tegele (Distriktsklub für Tegele, Postgasse und Reindendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Sechner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — **Weißenfels a. E. (Sängerabteilung der Gewerbetreibenden).** Übungsstunde jeder Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefanliegende Gewerbetreibenden sind herzlich willkommen. — **Weißenfels (Distriktsklub der Gewerbetreibenden).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Erlangen i. Bayern (Ortsverband). J. Friedrich, Vorsitzender, Hoffmannstr. R. Benrguber, Schriftführer, Poppenplatz 18. G. Schorr, Kassierer, Rüttlerstr. 2. **Selb - Bayern (Ortsverband).** A. Roder, Vorsitzender, Selb, Untere Ludwigstraße (Ruffischer Hof). K. Schäfer, Schriftführer, Selb - Stadt, Obere Ludwigstraße 132. **Wiesbaden (Ortsverb. der Brauer).** J. Winkelmann, Vorsitzender, Wiesbaden-Büchelstr. 6. K. Kuschelbach, Schriftführer, Wiesbadenerstr. 11. J. Kaiser, Kassierer, Schenkenstraße 5. **Zentralrat.** Vertreter des Gewerbevereins der Köpfer Albert Schlee, Berlin D. 112, Nirbachstr. 48.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. Die Vorzüge des Oshgebirges für Gesunde und Kranke. Von Dr. med. Amrein-Arosa. Verlagsanstalt Emil Abigt in Wiesbaden. Preis 0,80 RM., gebunden 1,20 RM. Die Ortlung der Lungentuberkulose im Oshgebirge. Von Dr. med. Amrein-Arosa. Verlagsanstalt Emil Abigt in Wiesbaden. Preis 0,80 RM., geb. 0,80 RM. Aus einer christlichen Gewerkschaft. Authentische Darstellung der heillosen Mißwirtschaft im Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands. Sitz: Aschaffenburg. Verlag von Johs. Wolf in Hamborn (Rhld.). Preis 60 Pfg. Mikroskopos, Zeitschrift für die praktische Betätigung aller Naturfreunde, herausgegeben von Dr. Adolf Reig, 4. Jahrgang, Heft 4-6, Stuttgart, Franckische Verlagsbuchhandlung. Jahrespreis für 12 Hefte und zwei Gratisbuchbeilagen RM. 4.-

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Schriften, die jeder Gewerbetreibende in seiner Bibliothek besitzen muß:

- Reform des Arbeitsrechts** von Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt a. M. Der Preis der Schrift beträgt für Gewerbetreibende 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 RM., 12 Stück 2,65 RM., 20 Stück 4 RM. **Das Arbeitsrecht für das Deutsche Reich** von Karl Goldschmidt. Ein Leitband für die Benutzung des deutschen Arbeitsrechts vom 15. Mai 1908. Preis pro Exemplar für Mitglieder 80 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 RM., 12 Stück 2,65 RM., 20 Stück 4 RM. **Wohlfahrt und Arbeiterbewegung.** Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 RM., 100 Exemplare 6 RM., 200 Exemplare 10 RM., 500 Exemplare 28,50 RM., 1000 Exemplare 45 RM. **Das Programm des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden und die Forderungen der einzelnen Gewerbetreibenden.** Der Preis der Schrift beträgt für Gewerbetreibende für 1 Exemplar 15 Pfg., 5 Exemplare 70 Pfg., 10 Exemplare 1,20 RM., 50 Exemplare 5 RM., 100 Exemplare 9 RM. **Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerbetreibenden und ihres Verbandes 1907-1910.** **Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis** von R. Schumacher. **Neuregelung des Koalitionsrechts** von B. Gleichauf. Für die letzten genannten drei Schriften beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 RM., 100 Exemplare 6 RM. Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22, zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Bei kleineren Aufträgen ersuchen wir, den Betrag in Briefmarken einzufenden.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.-

Sin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsumwaren, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 9 Pfg.-Zigarren für 4,50 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 11 Pfg.-Zigarren für 5,50 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 feine franko. — Nichtbenutztes nehme unentgeltlich zurück. Versand nicht unter 100 Stück. — 12 Pfg. Versandhaus. R. v. C. Neue Schützenhauser Straße 18. — Begründet 1898.

- Wangen.** Durchreisende erst im Winterhalbjahr 1. März und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Gerbe, Weinbischergaden 34. **Kaasen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 RM. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Kaasen, Adalbertsteinweg 71. **Geisingen a. E. (Ortsverband).** 50 Pfg. bei Georg B a n s h a f, Bismarckstr. 26. **Oberrheinischer Ortsverband, Sitz Geislingen.** Unterstützung an wandernde Kollegen bei E r n s t B e r z e r jun. in Seidenberg, Albersstr. 174 E. **Lüdenscheid.** Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeschehen befindet sich beim Sekretär Herm. Bartel, Köhlerstr. 33. **Warth i. Vomm. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei H. u. G. D ä h n, Poststraße 211 b. Arbeitsnachweis das. **Essen (Ruhr).** Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Beförderungskarten im Gewerbevereins-Bureau, Frohnhauserstr. 53. **Worms (Ortsverb.).** An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 70 Pfg. gezahlt vom Kassierer Otto K n e l l e r, Mühlengasse 12. **Köln (Fabrik- und Handarbeiter).** Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten Abendbrot, Nachtlager, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. L a u b e n, Kolonnenstr. 32. **Göppingen (Ortsverb.).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachtlager und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. S i e b l e r, Bahnhofstr. 18. **Spandau (Ortsverband).** Der Arbeitsnachweis befindet sich Mühlentstraße 6, Restaurant zum „Zirkelstein Zelt“, Fernsprecher Nr. 559. Dasselbe erhalten auch durchreisende Kollegen Marken im Werte von 75 Pfennig.

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Wandweg).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 76.

Berlin, Mittwoch, 21. September 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Verbandsrat deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte — Sozialismus und Tradeunionismus in England. — Frauenarbeit in Oberschlesien. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Verbandsrat deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Köln a. Rh., 15.—17. September 1910.

Im großen Saale der Bürgergesellschaft, in welchem 1901 auch der Verbandsrat der Deutschen Gewerkevereine abgehalten wurde, tagten an 500 Vertreter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und verhandelten über wichtige Fragen des weiteren Ausbaues dieser Gerichte. Die Gewerkevereine konnten diesmal schon eine größere Anzahl Beisitzer stellen. Anwesend waren aus ihren Reihen: Käfer- und Senniger-Nürnberg, Borchardt, Josef, Goldschmidt- und Sommer-Berlin, Klein-Bertholz, Görge-Magdeburg und Ritsche-Weipzig. Nach den üblichen Begrüßungen durch die Regierung und die städtischen Behörden am Donnerstag morgen begannen die Verhandlungen mit einem Vortrag des bekannten Mündlichen Gewerbegerichtsleiters Dr. Brenner, der in interessanter Weise die neuere Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag besprach und zum Ausdruck brachte, daß gerade auf diesem Gebiete noch vieles geschehen müsse, wenn lichte Farben in das düstere Bild kommen sollen. Ihm folgend, gab Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin eine umfassende Uebersicht über die den Arbeitsvertrag behandelnde umfangreiche Literatur und wies hierbei nachdrücklich auf die im Verlage unseres Verbandes erschienene Schrift von Stadtrat Dr. Fleisch hin über die Forderung der Gewerkevereine, das Arbeitsverhältnis aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis zu verwandeln.

An Stelle des leider verhinderten Stadtrats Dr. Fleisch sprach Magistratsyndikus Dr. Sillier-Frankfurt a. M. über die Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten. Da nach Ansicht des Redners die Natur des Arbeitsvertrages eine schnelle, billige und vertrauenswürdige Rechtsprechung verlangt, forderte er die Ausdehnung der Gewerbegerichte unter Beteiligung aller Berufsgruppen zu Arbeitsgerichten. Eine Vielheit von Sondergerichten sei abzulehnen. Die Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte erscheine weder zweckmäßig, noch notwendig. Die uneingeschränkte Berufungseinführung sei unerforderlich, höchstens die Revision durch Aktenverlesung in den Fällen, wo das Berufungsurteil auf einer Rechtsauffassung beruhe, die nach dem veröffentlichten Erkenntnis eines anderen Gerichts von diesem verworfen wurde.

Zweck dieser Forderungen soll sein, die Kaufmanns- und Gewerbegerichte zu einer Einheit zu gestalten und diese Arbeitsgerichte unterchiedslos für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zuständig zu machen. Stadtrat Dr. Glücksmann-Nirsdorf als Mitreferent forderte ebenfalls einheitliche Arbeitsgerichte für sämtliche Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, soweit der Lohn (Dienstentlohn) den Jahreswert von 5000 Mfr. nicht übersteigt. Er will in dessen keine Bedenken erheben gegen die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte, sofern dabei die bewährten Grundzüge der Sondergerichte voll aufrechterhalten bleiben. Die Bestellung der Beisitzer soll nach wie vor durch die Gemeinde geschehen, die Verhältniswahl obligatorisch gemacht, das Lebensalter für die Wahlberechtigung herabgesetzt und die Frau zur Mitwirkung herangezogen werden. Als

dritter Referent vertrat Redakteur Sohlich die Forderung, daß das Gewerbegericht schon jetzt zuständig gemacht werden müsse auch für die technisch-industriellen Beamten.

Beischlüsse wurden nicht gefaßt. In der Debatte machte ein Vertreter der Deutschnationalen geltend, daß seine Richtung die Vereinheitlichung der beiden Gerichte zu Arbeitsgerichten ablehne. Diese Auffassung wurde von den meisten anderen Rednern, darunter auch Kollege Redakteur Borchardt vom Verein der Deutschen Kaufleute, lebhaft bekämpft. Die Diskussion irrt vielfach ab. Einige Redner warfen die alte Frage wieder auf, ob die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte überhaupt nötig seien; das Amtsgericht mache das ebenso gut. Gätte es eine Abstimmung gegeben, so wäre der Verbandsrat über diese Anschauungen zur Tagesordnung übergegangen. Von den Praktikern wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß ein Gewerbegericht in drei Tagen erledige, wozu das Amtsgericht drei Monate gebrauche. Auch der mehrfach vertretenen Forderung, die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte anzugliedern, wurde energisch widersprochen, u. a. auch vom Oberbürgermeister Cuno-Sagen i. B. mit sehr eindrucksvollen Argumenten. Die Beisitzer würden gewählt, die Schöffen aber ernannt.

In anschaulicher Weise besprach sodann der Richter Dr. Steengrafe-Bremen die Ausgestaltung der Rechtsmittelinstanz. Für die Berufung möge nur die Revision zugelassen werden, damit das ordentliche Gericht nur rechtliche Seiten des Prozesses nachzuprüfen habe. Eilfig sei die Sache nicht, bei einer kommenden allgemeinen Reform der Zivilprozessordnung müßten die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf dem Posten sein.

Am Abend gab die Stadt Köln im prächtigen Gürtenich einen Festabend. Der Oberbürgermeister hieß den Verbandsrat willkommen. Nebenjaß vom Rhein und ein Imbiß sorgten für die leiblichen Bedürfnisse. Von den Reden war besonders bemerkenswert der Toast Emil Döblins, des Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes, auf die Stadt Köln. Grundton der Rede war ein Preisgesang auf den gütlichen Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern und ein gutes Einvernehmen auch in gesellschaftlicher Beziehung. Und neben ihm waren auch die ganz Zielbewussten friedlich gestimmt und sangen voller Begeisterung mit, als das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ den Saal durchbrauste.

Es war wohlthuend, diesen Vorgang mitzuerleben. Der neutrale Boden des Verbandsrates wurde so hier wie bei den Verhandlungen allerseits respektiert; nur die Deutschnationalen, die bei der Vorstandswahl ihren Mann nicht unterbringen konnten, machten sich lächerlich vor dem Kongreß mit ihrer Protestklage, vergewaltigt zu sein.

Zu einer Debatte konnte es nur noch kommen nach den Referaten der Herren Magistratsrat Böbling-Berlin, Baugewerksmeister Goemann-Köln und Arbeitersekretär Wiffel-Berlin über die gesetzliche Regelung der Akkordarbeit. Der Standpunkt der Gewerkevereine wurde von unserem Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt vertreten, der wie die Referenten eine gesetzliche Regelung für dringend wünschenswert erklärte. Ueber Weg und Umfang gingen die Meinungen wie bei den Referenten so auch bei den Diskussionsrednern noch erheblich auseinander. Wir werden uns im „Gewerkeverein“ bemühen, zu der Klärung dieser wie anderer Fragen des Verbandsrates beizutragen.

Die anderen Gegenstände der Tagesordnung fanden ohne Diskussion Erledigung, weil am Sonn-

abend mittag der Verbandsrat geschlossen werden mußte. Es waren dies noch Referate über das Recht der Lantienen und Statifikationen, Mitreferent Kollege Borchardt (Kaufleute), die gesetzliche Regelung der Tarifverträge, Referenten Döblin (Buchdrucker) vom Standpunkte der Arbeiter und Dr. Wielenz-Berlin vom Standpunkte der Arbeitgeber. Der erste Referent, Rechtsanwalt Dr. Singheimer-Frankfurt a. M., war leider verhindert und ließ daher seine Thesen gedruckt vorlegen. Die mündlichen Referate brachten auf beiden Seiten den ersten Willen zum Ausdruck, mit den Tarifverträgen der Arbeit und dem Vaterlande zu nützen. Schade, daß unser Dr. Girsch es nicht mehr erleben konnte, daß das Werk, dessen Pionier er war, bei Unternehmern und Arbeitern immer mehr verstanden und gewürdigt wird!

Recht lebhaft gestalteten sich die Referate über die Rechtsverhältnisse der Werkspensionskassen. Referenten waren Rechtsanwalt Dr. Sauer, Mantel (Verband deutscher Handlungsgehilfen-Weipzig), Reichstagsabg. Severing, Arbeitersekretär Sirtjesier und Generalsekretär des Verbandes der Fabrikstellen Dr. Steller. Letzterer warnte vor gesetzlichen Eingriffen. Die Werkspensionskassen sollten Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter sein mit dem Nutzen für die Unternehmer, daß diese sich einen Stamm seghafter Arbeiter erhalten können. Zum Wohlsein aber könne niemand gezwungen werden. Unsere Stellung zu dieser Frage finden unsere Leser im Verbandsratsprotokoll von Pfingsten 1910.

Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten wurde in interessanter Weise von Fräulein Dr. Bernhard-Charlottenburg behandelt.

Die Schlussansprache hielt der zweite Vorsitzende Oberbürgermeister Cuno-Sagen, darin hervorhebend, daß in den zwanzig Jahren des Bestehens der Gewerbegerichte eine erhebliche Annäherung zwischen den Anschauungen der Unternehmer und Arbeiter vor sich gegangen sei. Das habe sich vor allem in der Frage der Tarifverträge gezeigt und auch in der Akkordlohnfrage. Letztere Frage hätte man früher unmöglich zum Gegenstand objektiver Verhandlungen machen können. Mit dem Schlagwort: „Akkordarbeit ist Mordarbeit“ sei die Sache abgetan gewesen.

Darauf schloß der Vorsitzende Magistratsrat v. Schulz-Berlin Sonnabend mittags 12^{1/2} Uhr die Verbandsversammlung, an die sich am Nachmittag noch eine Rheinfahrt nach Rolandseck angeschlossen.
R. G.

Sozialismus und Tradeunionismus in England.

(Von einem Londoner Korrespondenten.)

Als vor ungefähr vierzehn Jahren auf dem Trade Union-Kongreß der Sozialismus eine spaltende Wirkung ausübte, da ahnten die Freunde des Tradeunionismus zwar, daß diesem eine Gefahr drohe, aber das Wesen der Gefahr erkannten sie noch nicht. Sie glaubten dieselbe lediglich in der Trennung der Trade Unions in nichtsozialistische und sozialistische erbilden zu müssen und bemühten sich mit der Zeit, als sich zeigte, daß beide Gruppen, abgesehen von einigen kleineren Reibereien, friedlich miteinander auf den Trade Union-Kongressen arbeiteten. Ja, es wurde von vielen Gegnern der Sozialisten sogar anerkannt, daß die Arbeiterpartei des englischen Parlaments der Mische zwischen Trade Unions und Sozialisten ihr Bestehen verdanke; denn ohne die Schillings, die diese Vereinigung für Wahlzwecke und für Bezah-

lung ihrer Abgeordneten sammelte, würde die Arbeiterpartei niemals ihre heutige Stärke haben erreichen können. Dem scheinbaren parlamentarischen Erfolge — scheinbar, weil viele der von den Arbeitern gewonnenen Sitze den arbeiterfreundlichen Radikalen entziffen wurden — steht nun eine andere Folge dieser Mißde gegenüber, die den Tradeunionismus untergräbt.

Es ist den englischen Sozialdemokraten, die selbst keinerlei Disziplin besitzen, leider gelungen, diese auch in den Unions vollständig zu erschüttern. Der Kongreß in Sheffield, der vergangene Woche tagte, rühmte sich zwar, im Namen von 1 700 000 organisierten Arbeitern zu sprechen, aber er wußte recht wohl, wie schwer krank der Tradeunionismus ist. Diese Erkenntnis ist es offenbar, die das Stimmtee des Kongresses bewog, eine Besprechung des Ausschlusses der Kesselschmiede aus den Werken im Norden zu verhindern. Man befürchtete offenbar, daß die Majorität der Kongreßmitglieder sich für die Gehorsamsverweigerung der Kesselschmiede ihrem Exekutivrate gegenüber aussprechen könnte.

Vor zwei Jahren war es den Führern der Werftarbeiter gelungen, langen Streiks durch ein Abkommen mit den Unternehmern ein Ende zu machen, nach dem jede Streitfrage in Zukunft einer Konferenz zur Verhandlung zu unterbreiten war, ehe ein Streik oder Ausschluß erfolgen durfte. Achten Trade Unions des Schiffsbauwerkes traten diesem Abkommen bei, darunter diejenige der Kesselschmiede. Trotz dieses Abkommens sind nun die Kesselschmiede immer und immer wieder in kleinere und größere Streiks eingetreten, ohne sich durch den Widerspruch ihrer Führer und durch das Abkommen abhalten zu lassen. In dem augenblicklichen Streitfalle stimmten sie sogar mit beträchtlicher Majorität gegen ihren Exekutivrat, als dieser zur Beilegung des Konflikts Vollmacht zur Verhandlung mit dem Unternehmerverband verlangte. Der Vorstand wollte, um die Zurückziehung der Aussperrung zu ermöglichen, dem Unternehmerverband Garantien dafür bieten können, daß in Zukunft das erwähnte Abkommen durchaus befolgt werden würde. Daß eine demnächst abzuhaltende Konferenz der Trade Union der Kesselschmiede für die Führer derselben nicht günstiger verlaufen dürfte, scheint mir aus der Tatsache hervorzugehen, daß am 15. September aus dem Norden die Nachricht von gesteigerter Erregung der Kesselschmiede gegen ihre Führer kam.

Sieht es mit der Disziplin bei den Kesselschmiedern schon schlimm genug aus, so steht es mit der Disziplin im Verbände der Bergleute noch schlimmer. Der Kohlenhandel von Südwales hat oft, freilich meistens durch Schuld der Unternehmer, unter Arbeitsfreistritten zu leiden gehabt. Ein Streik, der für beide Teile recht kostspielig geworden wäre, wurde vor einigen Tagen dadurch abgewendet, daß die Führer der Leute, darunter der um die Sache der Bergleute von Südwales so hochverdiente Parlamentsabgeordnete Abraham, den Leuten zuredete, nicht zu streiken, ehe man auf einer Konferenz die Streitfrage genau erörtert habe. Abraham war dabei keineswegs der Ansicht, daß sich der Streik auf die Dauer vermeiden lassen; er wollte lediglich die Leute von übereilten Schritten abhalten. Eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter schloß sich der Ansicht des bewährten Führers an und verbot den Streik. Sie erntete aber wenig Dank, denn die zu Tausenden vor dem Konferenzlokal versammelten Bergleute gerieten, als sie das Resultat erfuhren, in eine derartige Wut, daß sie sich an ihren eigenen Delegierten und Führern tätlich vergrißen.

Diese großen Verluste gegen die Disziplin sind für den Beobachter des Tradeunionismus leider keine Ueberraschung. Mußte doch ein so verdienstlicher Mann, wie George Barnes trotz seiner sozialistischen Neigungen keine Stelle als Generalsekretär der Maschinenbauer niederlegen, weil die Maschinenbauer nicht mehr auf ihn hörten. Richard Well, der bekannte Generalsekretär der Eisenbahner, wurde durch fortwährende Angriffe aus der Union heraus zum Rücktritt veranlaßt. Kein Wunder, daß sich Thomas Wurt, der alte Veteran der Arbeiterbewegung und der Verfasser der berühmten Rundschreiben an die Bergleute, in seinem letzten Rundschreiben darüber beklagte, daß das tradeunionistische Empfinden im Verfall begriffen sei. Er selbst hat oft genug den Unaband derjenigen fühlen müssen, die ihm joweil verdankten; denn es sind ihm bestige Angriffe nicht erspart geblieben. Snowden erklärte endlich, daß die innere Spaltung in den Trade Unions für diese eine weit größere Gefahr bilde als der Osbornefall, der das Sammeln von Geldern für Wahlzwecke unmöglich macht. Wenn wir nicht selbst genug Menschenverstand besitzen, um Mittel zu finden, derartige Vorkommnisse zu verhindern, dann werden andere Leute diese Mittel für uns ausfindig machen", rief der Generalsekretär der Kesselschmiede

den Meutern in seiner Union warnend zu. Seine Stimme verhalte ungehört.

Es ist daher nicht daran zu zweifeln, daß die Trade Unions-Führer die Gefahr sehr wohl erkennen, und daß sie auf dem Kongreß in Sheffield für die Vogeltraupenpolitik des Nichtbesprechens und Nichtlehens eintraten, beweist, daß sie nicht mehr wissen, ob sie auf dem Kongreß der Gefahr, die eine derartige Besprechung mit sich bringen konnte, gewachsen sein würden. Die Sozialisten streuen sich natürlich der Ernte, die aus ihren Häfen hervorgegangen ist, und reden weiterer Indisziplin das Wort. So verhöhnt der berühmte Blatchford, bekannt in Deutschland durch seine Behauptung in der „Daily Mail“, in seinem eigenen Blatte „Clarion“ die Führer der Trade Unions. Diese seien natürlich für „Abkommen“ mit den Unternehmern eingezogen: „Der Kapitalist kehrt dann mit schlaudem Lächeln zu seinem Rehnisseel zurück, und der Arbeiterführer verzehrt sein Kotelett und hofft, daß es ihm gelingen wird, seine gebrüllten Forderungen im Tritt zu halten.“ Der in dieser Weise behende Blatchford wird noch als gemäßigter Sozialist betrachtet. England besitzt Sozialisten der merkwürdigsten und verschiedenartigsten Schattierungen, und man kann sich ausmalen, wie die Sozialdemokraten der schärferen Richtungen gegen die Führer der Trade Unions vorgehen. Daß der Unternehmer sich über derartige Zustände freut, ist natürlich. Man liest seine Freude aus jedem Satze der Unternehmerpresse heraus. Soffen wir, daß die englische Tradeunionisten sich bald zu der Erkenntnis aufraffen werden, daß nur Einigkeit und straffe Disziplin in den Kämpfen helfen können, die den Trade Unions in England bevorstehen, nicht aber ein Sozialismus, der zwar umzuführen, aber nicht aufzubauen versteht.

Frauenarbeit in Oberschlesien.

Von hervorragender Seite ist kürzlich der Meinung Ausdruck verliehen worden, daß die Frau ins Haus“ gehöre und daß sie ihre Kinder zu tüchtigen Menschen erziehen solle. Wie viele Frauen gibt es aber, denen weder Ehe noch Mutterglück und -leid beschieden ist, die selbst um ihre Existenz ringen müssen und denen kein Gatte als Ernährer und Berater zur Seite steht. Und wieder gibt es viele Frauen in den Schichten der arbeitenden Bevölkerung und der kleineren Beamtenstaffel, die eine Erwerbstätigkeit ausüben müssen, um bei dem knappen Verdienst des Mannes soviel hinzuerdienen zu können, daß die Familie leben kann. Das ist ja eben der Fluch unserer Zeit, daß die Löhne männlicher Arbeiter oft nicht ausreichen, daß damit eine Familie ernährt werden kann, und daß die Existenz ganzer Familien von dem Witverdienst der Frau und Mutter abhängig ist.

Die Frauenarbeit hat sich mit der Zeit wohl in allen Berufsgruppen Eingang verschafft, und nur wenige Berufsarten sind ihrer Eigenart wegen von der Frauenarbeit verschont geblieben. Einen besonders breiten Raum nimmt die Beschäftigung von Frauen in Oberschlesien ein. Hier ist deren Tätigkeit auf Gebiete übergegangen, die in anderen Landesteilen als ungeeignet für die Frauenarbeit betrachtet werden. Nicht nur Gewerbe und Privatindustrie bemühen weibliche Arbeitskräfte in überreichem Maße, auch der Fiskus und Gemeindeverwaltungen nehmen diese „billigen“ Arbeitskräfte in Anspruch. Denn es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte nur deshalb erfolgt, weil sie zu viel niedrigeren Löhnen arbeiten als die Männer, denen gerade in Oberschlesien eine unheilvolle Konkurrenz und Lohnrückerei durch die Frauenarbeit erwächst.

Da sieht man Arbeiterinnen auf Bauplätzen mit dem Mißden des Mörtels beschäftigt, der dann auch von Arbeiterinnen auf die Gerüste hinaufgetragen wird. Weibliche Bauhilfsarbeiter mit einem Lohn von 1 Mark bis 1,25 Mark pro Tag, das sind besondere Kennzeichen ober-schlesischer Verhältnisse.

In der Eisenindustrie Oberschlesiens wird weibliche Arbeitskraft in einer Art verwendet, die man in anderen Landesteilen nicht kennt. Die Oberschlesische Eisenindustrie in Gleiwitz beschäftigt Arbeiterinnen als Drahtzieher am Krangenzug, die den keinen Blumendraht anfertigen. Sie verdienen 1,50 bis 1,90 Mark pro Tag, die Hälfte dessen, was ein männlicher Arbeiter bei gleicher Arbeit zu verdienen imstande ist. Auch auf den Goldschmuckwerken in Gleiwitz werden Arbeiterinnen beschäftigt, denen 1,00 bis 1,50 Mark täglicher Lohn gezahlt wird.

Die Marthabütte in Rattowitz beschäftigt Mädchen zum Fahren der Kohlen und Schlacken für 90 Pfg. bis 1,00 Mark pro Tag. Zu dieser Arbeit werden den Mädchen aber keine Schaufeln geliefert, sondern sie müssen das Beladen usw. mit den Händen ausführen. Trotz dieser unmenslichen Zumutung finden sich leider genug Mädchen, die diese Arbeiten verrichten wollen. Von einer praktischen und rentablen Wirtschaft kann unter diesen Verhältnissen für der Marthabütte natürlich nicht gesprochen werden, da eine entsprechende „Leistungsfähigkeit“ der Arbeiterinnen und praktische Betriebsweise nicht vorhanden sind. Des Sonntags haben diese Arbeiterinnen zu Mittag Schichtschluß. Natürlich erhalten sie für den Sonnabendnachmittag auch keinen Lohn, so daß sie pro Woche nur 4,90 bis 5,50 Mark verdienen. Dabei kommen ungefähr 90 Arbeiterinnen in Betracht.

Auf der Laurahütte werden Arbeiterinnen bei der Rieten- und Mutterfabrikation mit einem Tagelohn von 1,50 bis 1,80 Mark beschäftigt. Die gleiche Arbeit wurde früher von Männern ausgeführt, die dafür 4 Mark Tagelohn erhielten.

Entgegen den Gewohnheiten in der Grobeisenindustrie von Rheinland-Westfalen werden auf den ober-schlesischen Hüttenwerken und auch in Bergbau weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Der Gelegenheit hat, in Königshütte über die Eisenbahnbrücke zu gehen, der sieht, wie auf dem Platz dieses Hüttenwerkes eine größere Anzahl weiblicher Personen mit dem Bladen der Eisenbahnmagons und mit dem Rangieren dieser Waggons beschäftigt ist, für einen Tagelohn von 1 Mark. Auf den Kohlegruben werden ebenfalls Arbeiterinnen beschäftigt mit dem Transport der kleinen Getreismagen und in der Kohlenseparation; Tagelohn 1,00, 1,20 bis 1,40 Mark.

Wer nun der Meinung ist, die Industrie müsse wegen Mangel an männlichen Arbeitern weibliche Arbeitskräfte einstellen, der irrt sich. Es gibt auch trotz der Abwanderung nach Westfalen in Oberschlesien noch genügend männliche Arbeitskräfte, die arbeitswillig sind, die aber natürlich nicht für 1 Mark Tagelohn arbeiten können wie die Arbeiterinnen. Selbstverständlich steht auch die Leistungsfähigkeit weiblicher Arbeitskräfte bei den hier angeführten Arbeitsverrichtungen weit hinter der Leistungsfähigkeit besser bezahlter Männer zurück. Das ist auch ganz natürlich, denn zu solchen Arbeiten gehören andere Körperkräfte als wie sie die Arbeiterinnen in der Regel besitzen.

Aber auch die Eisenbahnverwaltung macht sich die billige, weibliche Arbeitskraft zunutze. Abgesehen davon, daß auch in Norddeutschland Bahnwärterinnen vorhanden sind, geht die Eisenbahnverwaltung in Oberschlesien noch weiter: sie beschäftigt Arbeiterinnen in den Kolonnen auf der Strecke, wo dieselben mit Gade und Schaufel und mit dem Unterstopfen der Eisenbahnschwellen beschäftigt sind, auch für 1 Mark pro Arbeitstag.

In Gleiwitz wird ein Teil der Frauen, die Armenunterstützung erhalten, zur Straßeneinigung verwandt gegen einen Tagelohn von 1,20 Mark.

Die ganze Art der Beschäftigung weiblicher Personen in Oberschlesien bietet keinen erfreulichen Anblick. Die Verhältnisse lassen für einen großen Teil der Arbeiterchaft einen sehr niedrigen Kulturstandpunkt erkennen. Für äußerst geringen Lohn suchen Arbeiterinnen jede sich bietende Arbeitsgelegenheit zu erlangen, unbekümmert darum, ob sie damit männlichen Arbeitern Konkurrenz machen und die Löhne drücken. Die Not zwingt sie dazu, in den rauen Existenzkampf einzutreten; der Stärkere bleibt darin Sieger, der Schwächere unterliegt. Bei dem eigenartigen Charakter und der Zusammenfassung eines großen Teils der ober-schlesischen Bevölkerung wird es noch vieler Aufklärungsarbeit bedürfen, um auch diese Arbeiterchaft zum vollen Verständnis ihrer Lage zu bringen. G. S.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 20. September 1910.

Der Kampf auf den Schiffswerften weist keine neue Phase auf, außer daß die „freien“ Gewerkschaften bzw. ihre Führer von blinder Wut darüber entbrannt sind, daß die Deutschen Gewerkschaften das Kind beim rechten Namen nennen und kein Gebl daraus machen, daß die Arbeiterinteressen von jenen, die eine Verhandlung der Parteien unter unserer Teilnahme unmöglich machten, schände verraten wurden. Inzwischen wird eine Maschinenfabrik und Reparaturwerkstatt in Hamburg-Altona und Umgegend nach der anderen in den Kampf einbezogen. Die Arbeitgeber in der Sam-

burger Metallindustrie haben in einer vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Unternehmern in Reichde auf der am 22. September in Berlin stattfindenden Ausschüttung des Arbeitgeberverbandes eine Sympathie- und Hilfsaktion zu empfehlen. Denn das Maß der Arbeit wird so groß, daß ihre Erledigung immer dringender wird. Außerdem führt die Tätigkeit der Meister und Lehrlinge, denen die eigentlichen Arbeiter fehlen, zu den größten Missetätigkeiten. Sehr viel Arbeit geht übrigens nach England, Holland und Belgien. Den Unternehmern sind diese Tatsachen so unangenehm, daß sie schärfere Mittel vorschlagen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Antrag der Hamburger Metallindustriellen am 22. September in Berlin Annahme findet. Danach dürfte zunächst ein Teil der Arbeiter in den jetzt noch unbeteiligten Hamburger Metallfabriken ausgebeirt werden.

Uebrigens findet die Weigerung der „freien“ Gewerkschaften, uns zu der Besprechung mit den Unternehmern heranzuziehen, selbst bei den „Genossen“ nicht allgemeine Billigung. In dem sozialdemokratischen Kieler Organ wird zwar die Mitberater der Christlichen und mit Recht auch die der gelben Organisationen abgelehnt. Bezüglich der Deutschen Gewerksvereine aber heißt es: „Weil dem so ist, stehen wir auf dem Standpunkt, daß sich darüber diskutieren läßt, ob nicht Friedrichs-Dunderlianer bei den Verhandlungen dabei sein sollen, denn man soll die Mitglieder nicht immer wegen der Sünden ihrer Führer leiden lassen.“

Wir verzichten darauf, gegen die Form dieser Notiz, die den Zweck haben soll, unsere Mitglieder gegen die Führer aufzuheizen, zu polemisieren, und begnügen uns mit der Feststellung, daß selbst „Genossen“ gegen die Taktik des Herrn Schliche und seiner Freunde in Hamburg sich ausgesprochen haben.

Neue Steuern? Während das Volk unter einer allgemeinen Leuerung der Lebensmittel leidet und die Wirkungen der letzten Steuerreform sich noch immer in drückendster Weise bemerkbar machen, tauchen schon wieder neue Steuerpläne auf. Durch die Presse geht eine Nachricht, daß der Reichsfinanzler nach Berlin gereist sei, um mit den Staatssekretären über die Bilanzierung des neuen Reichsstaats zu beraten. Er sei genötigt, so lange er mit den jetzigen Einkünften des Reiches wirtschaften müsse, an den einzelnen Ressortforderungen große Abstriche vorzunehmen, um Reichsausgaben und -Einnahmen im Gleichgewicht halten zu können. Da nun aber die Erträge der Reichsfinanzreform hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, rückt, wie es in den Zeitungen heißt, die Gefahr nahe, daß mit den Streichungen auch auf das Gebiet der notwendigen Bedürfnisse des Staates hinübergereift werden muß. Daher soll im Hinblick auf die zu erwartenden größeren Mehrausgaben jetzt schon die Frage gepriift werden, ob allein mit Sparmaßnahmen die Reichshaushalt aufrecht erhalten werden kann oder neue Mittel beschafft werden müssen.

Da eröffnen sich ja wieder nette Aussichten! An Geeres- und Marineausgaben will man offenbar nicht sparen, im Gegenteil neue Geeresforderungen werden gestellt. Also muß die Masse des Volkes weiter bluten, denn die leistungsfähigen Schultern sind ja bisher dank der Tätigkeit des schwarzblassen Blocks von der Hauptlast befreit geblieben.

Gegen jeden Fortschritt in der Sozialreform ist der Zentralverband Deutscher Industrieller. Sein Direktorium, das in diesen Tagen in Berlin zusammengetreten war, beschäftigte sich unter anderem mit der Reichsversicherungsordnung und beschloß, sofort nach Beendigung der zweiten Sitzung in der Kommission eine Delegierten-Versammlung einzuberufen, die zu den beschlossenen Stellung nehmen soll. Auch die Reform des Strafgesetzbuches bildete den Gegenstand der Beratungen und gab Anlaß zu lebhaften Klagen über die Milde der Bestimmungen; auch für Streikergehen wurde strengere Bestrafung gewünscht. In einer Eingabe soll in diesem Sinne auf die Regierung eingewirkt werden. Bezeichnend dagegen ist, daß man sich mit den Vorschlägen des preussischen Handelsministers über die Konkurrenzklause einverstanden erklärte. Diese Stellungnahme des Zentralverbandes läßt erkennen, wie berechtigt der Widerstand des Vereins der Deutschen Kaufleute zu den Vorschlägen des Herrn Spadow ist.

Arbeiterbewegung. Der Streit der Odenwälder in Leipzig dauert noch unverändert fort.

In der Berliner Stuisindustrie läuft am 30. September der Tarif ab. Die Arbeiter haben einen neuen Entwurf mit höheren Forderungen aufgestellt, der auch mit den Fabrikanten bereits beraten ist. Es ist jedoch noch zu keiner Einigung gekommen. Wenn nicht die noch ausstehenden Verhandlungen vor dem Einigungsamt zu einer Verständigung führen, ist ein Streik nicht ausgeschlossen. In Pforzheim verlangen die Uhrkettenmacher eine 10prozentige Aufbesserung der Stundenlöhne und entsprechend höhere Affordlöhne. Sie glauben diese Forderungen um so eher stellen zu können, als die Lebensmittelpreise ungeheuer gestiegen sind und die Pforzheimer Industrie sich in einem mächtigen Aufschwung befindet. Nach zweimonatlichem Streik gelang es den Dachdeckern in Mainz, einen Tarif abzuschließen, der ihnen eine sofortige Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. bringt und bis zum Jahre 1913 weitere Lohnerhöhungen in Aussicht stellt. Auf der Böllberger Mühle bei Halle a. S. sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Direktion eine Aufbesserung der überaus niedrigen Köhnen rundweg ablehnte. Der Zustand der Nürnberger Fleistf- arbeiter und -Arbeiterinnen dauert noch immer fort. Es sind zwar Verhandlungen eingeleitet, die noch fortgeführt werden, zu Zugeständnissen aber wollen sich die Fabrikanten nicht bequemen. Bei den Halleischen Köhnenwerken sind 300 Arbeiter in den Zustand getreten, weil ihre Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt wurden. Der Zustand der Fuhrleute in Bremen wurde für beendet erklärt, nachdem die Arbeitgeber weitere Lohnzugeständnisse gemacht haben. Der Kampf der Stukkateure in Solingen, Ohligs und Wald ist durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages beendet worden. Der Tarif bringt den Arbeitern einige Lohnerhöhungen und enthält u. a. die Bestimmung, daß unorganisierte Schiften nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Andererseits verpflichten sich die Geheilen, direkt vom Bauherrn keine Arbeit mehr anzunehmen.

In Lemberg sind ungefähr 1300 Angestellte der städtischen Elektrizitätswerke in den Streik getreten, so daß der Straßenbahnverkehr eingestellt werden mußte. Die Arbeiter der städtischen Gasanstalten haben sich ihnen angeschlossen. In Barcelona (Spanien) greift die Streikbewegung immer mehr um sich. Die Zahl der Ausständigen beträgt nahezu 8000, und es ist wahrscheinlich, daß weitere Kategorien sich ihnen anschließen werden, wie z. B. die Straßenbahner, unter denen bereits eine lebhafteste Agitation betrieben wird. Auf der österr. reichlichen Südbahn sind die Arbeiter und Angestellten mit den Arbeitsverhältnissen unzufrieden und haben die passive Resistenz begonnen. Während es bisher gelungen ist, den Personenverkehr wenigstens einigermaßen aufrecht zu erhalten, verkehren die Güterzüge nur sehr unregelmäßig und mit großen Verspätungen. Die dem Verbands der Baumwollspinnereien in Manchester und Umgegend angehörenden Fabrikanten haben beschlossen, sämtliche Spinnereien am 1. Oktober zu schließen, falls bis zu diesem Termin die Streitigkeiten in der Spinnerei in Odhham nicht beigelegt sind. Wird dieser Beschluß durchgeführt, so würden davon über 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden.

Von einem geheimnisvollen Briefe, der der Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes in die Hände gefallen sein soll, konnten wir kürzlich berichten. Der christliche „Bergknappe“ hat in seiner letzten Nummer den Brief photographiert veröffentlicht. Die Leitung des sozialdemokratischen alten Bergarbeiterverbandes leugnet entschieden, daß der Verfasser des Briefes in ihren Reihen zu suchen sei, und behauptet, daß die Christlichen mit dem Brief hineingelegt worden seien. Jetzt gibt die sozialdemokratische Dortmunder „Arbeiterzeitung“ der Angelegenheit noch eine andere Deutung. Sie behauptet nämlich, ein Schriftstück in Händen zu haben, das im Gegensatz zu dem Briefe in unverständlicher Handschrift geschrieben sei. Bei der Vergleichung der beiden Schriftstücke ergaben sich so große Ähnlichkeiten, daß man zu der Ueberzeugung gelangen mußte, beide Briefe seien von einer und derselben Person geschrieben. Der Schreiber des zweiten Briefes aber sei ein Beamter des christlichen Gewerksvereins. Damit soll also gesagt sein, daß die Christlichen selbst das Schriftstück verfertigt hätten, um die „Genossen“ in der Dummheit wegen Verübung eines Schurkenstreiches an den Branger stellen zu können.

Eine wirklich vornehme Kampfesweise, gleichviel wer die Schuld an diesem Schelmenstück trägt! Man darf deshalb gespannt sein, welchen Verlauf die gerichtliche Verhandlung nehmen wird.

Inzwischen sind die Knappschafftsmaßnahmen, zu deren Beeinflussung jener ominöse Brief verfaßt worden ist, beendet und haben dem alten Verbands einen großen Erfolg gebracht, der zahlenmäßig bis zur Zeit allerdings noch nicht völlig vorliegt.

Der Kampf der Christlichen gegen den Verband Württembergischer Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten hat namentlich seit dem Anschluß dieser Organisation an unseren Verband der Deutschen Gewerksvereine Formen angenommen, die alle anständigen Menschen mit Ekel erfüllen müssen. Auch wir haben uns wiederholt genötigt gesehen, den christlichen Verleumdungen und Erbachneidereien entgegenzutreten. Noch häufiger mußte sich naturgemäß „Der Schwäbische Eisenbahner“, das Organ der Württembergischen Eisenbahner, mit jenen edlen Seelen beschäftigen. Viel Raum und Zeit, die besser für positive Aufgaben und Arbeiten hätten Verwendung finden können, sind durch diese unerwünschten Kämpfe vergeudet worden. Infolgedessen erklärt der „Schwäbische Eisenbahner“, daß für alle denkenden Menschen das Urteil feststehe, auf die christlichen Anpassungen nicht weiter reagieren zu wollen. Wenn es durchaus erforderlich ist, wird man jenen dunklen Ehrenmännern in Flugblättern antworten.

Wir können diese Haltung durchaus verstehen. Wer Schmutz ansaßt, besudelt sich. Deshalb wollen auch wir nur noch im äußersten Falle auf die christlichen Anrempelungen erwidern, namentlich, da unsere Kollegen in ausgiebiger Weise über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet und aufgeklärt sind darüber, was sie von der Wahrheitsliebe und Kampfesweise der Christlichen zu halten haben.

Eine Mahnung an die Militärpflichtigen. In der nächsten Zeit werden von neuem die Rekruten eingestellt. Da ist es angebracht, die zum Militär abgehenden jungen Männer darauf zu erinnern, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Invalidentarte verfaßt, wenn sie nicht zwei Jahre nach dem Tage der Ausstellung umgetauscht oder ihre Gültigkeit verlängert wird. Mit dem Verfall der einen Invalidentarte gehen aber zugleich alle bisherigen Ansprüche aus der Invalidentversicherung verloren. Wenn sich z. B. ein junger Mann die sechste Invalidentarte nicht verlängern läßt, so geht auch das Recht aus den fünf anderen Karten verloren und es kann erst wieder nach einer veränderungsrechtlichen Tätigkeit, in der 200 Wochenbeiträge bezahlt sind, zum Aufleben gebracht werden. Es muß deshalb den Rekruten empfohlen werden, daß sie ihr Einrückung zum Militär zur Meldung bringen. Wird diese Meldung erstattet, so bleiben nicht nur die Rechte aus der Invalidentversicherung gewahrt, sondern die Militärpflichtigen wird auch noch die Militärtätigkeit als Arbeitszeit angerechnet.

Gewerksvereins-Zeil

§ Wachen. Am Mittwoch, den 14. September, fand hier selbst eine Protestversammlung gegen die Fleischsteuerung statt, an der sich auch unser Gewerksvereinskollegen lebhaft beteiligten. Erster Referent war der Bezirksleiter der Maschinenbauer, Kollege Hartmann, er darauf hinwies, daß es sich bei der Leuerung nicht mehr um eine lokale, sondern um eine nationale Notlage handle. Er schilberte eingehend die Gründe, die zu den jetzigen unerträglichen Preisverhältnissen auf dem Lebensmittelmarkt geführt haben, und wies entschieden den Einwand zurück, daß die Seuchengefahr die Ursache für die Grenzsperrren sei. Weiter betrug er die Möglichkeit der Einführung von Vieh aus Argentinien, Schweden und Dänemark, die im Interesse der Volksernährung unbedingt gefordert werden müsse. Als zweiter Redner übte Herr Redakteur Sonntag eine vernichtende Kritik an der gesamten Wirtschaftspolitik. Die beiden Redner fanden in der stark besuchten Versammlung lebhafteste Zustimmung. Von einer Diskussion wurde abgesehen und folgende Resolution angenommen, die an den Reichsfinanzminister abgefaßt werden soll:

„Die am 14. September 1910 im Englischen Hof in Wachen stattgefundene Bürgerversammlung stellt fest, daß die Fleischpreise eine für die Arbeiter fast unerträgliche Höhe erreicht haben. Die hohen Fleischpreise fallen um so schwerwiegender ins Gewicht, als auch alle anderen Lebens- und Bedarfsmittel im Preise erheblich gestiegen sind. Die Bürgerversammlung macht die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß das anhaltende Steigen der Preise für Fleisch in der deutschen Bevölkerung, insbesondere in den Familien der Arbeiter und Angestellten, einen drückenden Notstand herbeigeführt hat. Erfahrungsgemäß muß bei dem geringen Einkommen der weniger bemittelten Volksschichten zuerst die Fleischration eingeschränkt werden. Ohne Gefährdung der Volksgesundheit und ohne die daraus sich ergebende Minderleistungsfähigkeit der gewerblichen und der industriellen Arbeiterschaft sowie der Staats- und Privatbeamten und Kaufmännischen Angestellten ist die aus den Leuerungsverhältnissen sich ergebende Einschränkung für die Dauer nicht zu ertragen. Die heute im Reich gehandhabte hochschützpolitische Wirtschaftspolitik steuert immer mehr dem Zielpunkte zu, die breite Masse des deutschen Volkes einer dauernden Unterernährung zu überantworten, zum Schaden des

gesamten Volkes. Da erwiesenermaßen die deutsche Landwirtschaft in der Produktion von Schlachtwild nicht genügend leistungsfähig ist, fordern die Versammelten energisch die Öffnung der Grenzen, damit den breiten Massen des Volkes die notwendige Fleischnahrung ermöglicht wird."

In einer zweiten Resolution wurde die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, zu den unerträglich gewordenen Feuerungsverhältnissen ebenfalls Stellung zu nehmen und an die Reichsregierung herzutreten, um eine Milderung der Rottage herbeizuführen.

§ Berlin. Die Ortsvereinsausschüsse werden dringend ersucht, alle Wohnungsänderungen der Mitglieder, welche ihnen in den folgenden Wochen zur Kenntnis kommen, gleich nach dem 1. Oktober der Sozialen Kommission mitzuteilen, damit die Listen zur kommenden Gewerbedeichtigkeitswahl möglichst reguliert werden können. Die Mitglieder aber können diese Arbeit sehr erleichtern und beschleunigen, wenn sie ihre neue Adresse sofort ihrem Ausschuss melden. Die rasche und pünktliche Meldung bedeutet für den einzelnen eine nur geringe Anstrengung, ist aber für die Leitung der Gewerbedeichtigkeitswahl so unangelegentlich wichtig, daß wir ermahnen, jeder kommt der Aufforderung gewissenhaft nach.

§ Hamburg. Die vom Ortsverbande einberufene Mitgliederversammlung hatte sich eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen. Zahlreiche Kollegen mußten umkehren, da der Saal leider die Erscheinungen nicht fassen konnte. Kollege Reuthen-Bremen hatte das Referat übernommen über: "Die Fleischnot im Deutschen Reich". In trefflichen Worten schilderte er, wie die Regierung zugunsten einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe die notwendigen Rahmungsmaßnahmen verteuert. Den Vorkamern, die deutsche Landwirtschaft vor Viehschäden zu schützen, widerlegte der Redner treffend. Nicht gesundheitsliche, sondern agrarische Rücksichten sind die Motive. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion, die durch die einstimmige Annahme folgender Resolution beendet wurde: "Die am 10. September stattgefundenen, zahlreich besuchte Versammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften in Hamburg erkläre in der verkehrten Wirtschaftspolitik eine schwere Schädigung der arbeitenden Bevölkerung. Die Versammlung ersucht den Senat der freien Hansestadt Hamburg, ihren Bevollmächtigten beim Bundesrat zu beauftragen, alle Maßnahmen, welche dazu dienen, die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, insbesondere die enorme Fleischnot zu beseitigen, zu unterstützen. Wir fordern die Öffnung der Grenzen und Aufhebung der Zölle auf Futtermittel."

Den zweiten Punkt der Tagesordnung: "Die Notwendigkeit eines Arbeitersekretariats in Hamburg"

leitete Kollege Jaed ein. Redner wies darauf hin, daß gerade die letzten Kämpfe in Hamburg es jedem klar vor Augen geführt haben, wie notwendig es ist, einen Mann zu haben, der energisch und unabhängig den Kampf zu führen in der Lage sein müßte. Auch die agitatorischen Erfolge für unsere Gewerkschaften würden viel größere sein. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: "Um die Errichtung eines Sekretariats für Hamburg-Altona in kurzer Zeit zu veranlassen, wählen die nächsten Ortsvereinsversammlungen eine Kommission, bestehend aus je zwei Ausschussmitgliedern der dem Ortsverbande angeschlossenen Gewerkschaften. Diese Kommission hat ihren baldmöglichsten Zusammenritt zu bewirken und eventuelle Beschlüsse den Ortsvereinen vorzulegen." In der Diskussion wurde die unsaubere Kampfesweise der "freien" Gewerkschaften auf den Werften und in Betrieben von Steinweg u. Sons scharf beurteilt. Gerade in letzter Zeit mache sich allgemein in jenen Gewerkschaften ein Terrorismus breit, der im Interesse der ganzen Arbeiterschaft zu bedauern ist. Am Schluß wurde noch vom Vorstehenden Kollegen Döhlke angeregt, daß alle Ortsvereine so schnell wie möglich Sammellisten herausgeben möchten für die streikenden Werftarbeiter. Der Ortsverein der Tischler hat bereits seine Sammlung beendet, die einen Betrag von annähernd 200 Mark ergeben hat. Kollebrecht, Schriftführer.

Orts- und Bezirksverbände.

Brandenburg (Ortsverband). Am 27. September, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im „Eisbaun“, Vortrag der Kollegen Jordan u. Bleicher-Berlin über: "Die Fleischnot und die Reichsverteuerung". — **Corbais** (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Kobl, Berlinstraße 120. — **Duisburg** (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag abends im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Herrn Hosenkamp, Friedrich-Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Hörsing** (Ortsverband). Sonntag, 24. d. M., 9 Uhr, außerordentliche Ortsverbanderversammlung im Vereinshaus Schillerstraße. 1. Vortrag des Verbands-Redakteurs Kollegen K. Lewin-Berlin: "Die Stellung der Deutschen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung". 2. Stellungnahme zur Reichsverteuerung. — **Häfelberg** (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr 1. Verbandsschau, Karlsruferstr. 29, Sitzung. — **Selbigen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbandssitzung, vormittags 10 Uhr, im Bertragslokal E. Simon, Alster Markt. — **Hagen** u. **Hagen**. Jeden 8. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Ludwig. — **Hamburg** (Ortsverb.). Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz., im Hüttmann Hotel, Koosstr., Distriktsabende. — **Herleshausen** (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Köpferstr. — **Hannover-Linden u. Umgegend** (Ortsverband). Sonntag, 25. d. M. morgens präz. 9 Uhr, Ortsverbanderversammlung in Königswort, Brühlstraße 12. Referat: Verbandssekretär Kollege Neufeld-Berlin. — **Röln** (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. — **Leipzig** (Gewerkschafts-Klub). Die Neigungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Eberharstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitarbeiter sind herzlich willkommen. — **Leipzig a. Leipzig-West** (Ortsverbände). 27. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in Kivoli, Mühlentischstr. 14—16. Vortrag des Verbandssekretärs Kollegen Erdelen-Berlin: "Der Kampf um die Reform der Arbeiterversicherung". — **Wahlheim a. Nahe** (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertretung beim Hotel Joh. Köler, Sandstraße 28. — **Stettin** (Sängerkor der Gewerkschaften). Die Neigungsstunden finden bei Dienstadt abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Köpferstr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tegele** (Distriktsklub für Tegele, Borsigwalde und Reichendorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Berlinstr. 28. Gäste willkommen. — **Weißenfels a. S.** (Bezirksabteilung der Gewerkschaften). Neigungsstunden beim Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkschaftskollegen stets willkommen. — **Weißenfels** (Distriktsklub der Gewerkschaften). Jeden Mittwoch 10—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus".

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften. Verbandslokal der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221—228. Mittwoch, 21. Sept., Vortrag des Kollegen Ehlers: "Meine Reise von Brüssel durch Holland und das westdeutsche Industriegebiet." — **Gewerkschafts-Liedertafel** (S.-D.). Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Neigungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonnabend, 24. September. Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schumacher, Stalhoferstr. 126. Vortrag des Herrn Notgertern: "Der Kampf mit affigen Oasen". — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Vortrag des Kollegen Fleischmann. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. Vortrag des Kollegen Struppiger über: "Meine Rheinreise". — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Krull, Kuhjuchstr. 51. Vortrag des Kollegen Gleichauf: "Warum verlangen wir ein Arbeiterrecht?" — **Jugendabteilung Berlin I, II, III u. IV, Oberschöneeweide und Charlottenburg.** Sonntag, 25. September, Ausflug nach Wilhelmshub. Restaurant Schneider, Hauptstr.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Uhren, Goldwaren und Musikwerke für Jedermann

Man erhält umsonst und portofrei unseren Katalog mit über 4000 Abbildungen v. Taschenuhren, Wanduhren und Weckern, Ketten, Schmuckgegenständen aller Art, Fotografenapparate, — Geschenkartikel, den praktischen Gebrauch und Luxus. Sprechmaschine, u. Musikinstrumente, usw.

Wir liefern auf Teilszahlung

Der Besteller bekommt die Ware, die er wünscht, und die Bezahlung geschieht in monatlichen Raten.

Wer einmal so gekauft hat, macht es stets wieder so. Bitte folgenden beglaubigten Bericht des Öffentlich angeordneten beeidigten Bücher Revisors und Sachverständigen L. Reichel in Berlin:

Ich beschneide hiermit, dass von der Firma Jonass & Co., Berlin, innerhalb eines einzigen Monats 6292 Aufträge von alten Kunden, 2 h. solche, die schon vordem von der Firma Ware bezogen haben, ausgeführt worden sind. In der vorstehenden Zahl 6292 sind nur die Bestellungen enthalten, die der Firma brieflich von den Kunden selbst überschrieben sind. Nicht gerechnet sind die durch Agenten und Reisende an frühere Kunden gemachten Verkäufe. Ich habe mich durch Prüfung der Bücher und Belege von der Richtigkeit überzeugt.

Berlin, den 16. Februar 1910
Gm. L. Reichel, beeidigter Bücherrevisor und Sachverständiger.

Viele tausende Anerkennungen.
Hunderttausende Kunden.

Jährlicher Versand über 25 000 Uhren.
Zusend. des Katalogs umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW.792
Belle-Alliance-Strasse 3

Vorlage-Lieferanten vieler Vereine.

Copyright 1899

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbandsskaffier C. Stabenow, Amierdamm 21.

Hamburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstufung. Bons beim Ortsverbandsskaffier J. S. I. o. m. p. Altona, St. Johannisstraße 25 III und beim Skaffier der Maschinenbauer Otto Seebler, St. Pauli, Vinculnstraße 6 I.

Söln und Wahlheim a. Nahe (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Berechtigungskarten im Gewerkschaftsbureau, Severinstraße 118 I.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen aller Berufs erhalten Raucherquartier und Berechtigungskarten hierzu bei Karl Hebel, Seifenstraße 32 A I.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsbescheid im Gewerkschaftsbureau, Burghausstraße 21. Außerdem erhalten dasselbst durchreisende former 75 Pfg. von der former-Sektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Weißenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstufungskarten beim Kollegen Fischer, Leipzigstraße 28.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbescheid von 50 Pfg., Sonntag und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandsskaffier F. Reimann, Schmiedestraße 12.

Hofen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstufung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Bredlaustraße 20.

Lippstadt (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstufung von 75 Pfg. gezahlt vom Kassier F. Biese, Lippstadt, Oberbagerkauffee 82.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Berechtigungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandsskaffier Kollegen U. F. Telfcher, Weisstr. 2 II Exp.

Wilhelmschaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Raucherquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandsskaffier, F. Bude, Kant, Oelbergstr. 7.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstufung. R. Robert Genter, Schramberg, Umlandstr. 18.

Biberach a. Nig. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Raucherquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern. Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktplatz.

Sörlitz (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Berechtigungskarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern. Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandsskaffier M. Kirisch, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsbescheid von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandsskaffier.

Liegnitz (Ortsverband). Berechtigungskarten beim Ortsverbandsskaffier Wilhelm Krause, Ologauerstraße 68. Bertragslokal, „Prinz v. Preußen“, Ologauerstr.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1909

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsagenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einseendung des Betrages.

N. B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.